

Details zur Stalin-Note (S. 376, M14)

- Abzug aller Besatzungsstreitkräfte aus Gesamtdeutschland (vgl. Z. 7)
- Auflösung aller ausländischen Militärstützpunkte in Deutschland (vgl. Z. 10)
- Alle deutschen Bürgerinnen und Bürger sollen demokratische Grundrechte erhalten (vgl. Z. 12)
- Gesamtdeutschland als demokratischer und unabhängiger Staat (vgl. Z. 4-6)
- In Deutschland muss es möglich sein, sich als demokratische Partei oder Organisation frei zu betätigen (vgl. Z. 19-23)
- Im Gegensatz dazu dürfen in Deutschland keinerlei Organisationen bestehen, die feindlich gegenüber der Demokratie sein könnten (vgl. Z. 24-26)
- Allen ehemaligen Wehrmachts- und SS-Angehörigen mit Ausnahme von verurteilten Verbrechern sollen die bürgerlichen Rechte erhalten
- Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen (vgl. Z. 34-35)
- Deutschland darf zur Verteidigung des Landes eigene Streitkräfte aufstellen (Z. 42)
- Deutschland darf hierfür weiterhin auch Kriegsmaterial herstellen, insofern dies für die Verteidigung des Landes erforderlich ist (vgl. Z. 45)
- Die territorialen Grenzen des Landes werden durch die Regeln der Potsdamer Konferenz (vgl. Z. 39-40)

Wie reagieren die Westmächte oder westdeutsche Politiker?

M15: Adenauer, damaliger Kanzler der BRD (CDU)

- Adenauer behauptet, dass dies nur ein Versuch der Sowjetunion sei, die Integration Deutschlands in Europa zu verhindern
- Deutschland sei der Schlüssel für die Integration Europas (→ er behauptet, dass ein neutrales und nicht in Europa integriertes Deutschland zu einem Wiedererstarken der Nationalstaatspolitik in Europa führen würde)
- Dementsprechend würde das Fehlen Deutschlands zum Scheitern einer gesamteuropäischen Integration (→ einem friedlichen und kooperativ zusammenlebenden Europa) führen
- Eine weitere Konsequenz wäre, dass sich die USA vermutlich aus Europa zurückziehen würden und sich daraus als Endergebnis der Stalin-Note die völlige Abhängigkeit Europas von der SU ergeben würde.
- Er bezweifelt, dass ein wiedervereinigtes Deutschland in der Lage wäre, sich selbst zu verteidigen.

M16: Kurt Schuhmacher (SPD)

- Man solle sich zumindest das Angebot der Sowjetunion anhören
- Gründe dafür seien, dass es hier tatsächlich eine Möglichkeit gäbe, auf Grundlage eines Angebots der SU Deutschland wiederzuvereinigen
- Er schlägt vor, dass man als Deutscher auch eigene Vorschläge in diesen Prozess einbringen sollte
- Ein möglicher Wiedervereinigungsprozess und gesamtdeutsche Wahlen sollten unter internationaler Kontrolle stehen
- Es müsse verhindert werden, dass die jeweiligen Besatzungsmächte bei den Wahlen versuchen, „ihre“ Parteien zu bevorzugen (z.B. SU → SED, USA → CDU)